



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 19.10.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 17.09.2015, 16:30 Uhr bis 19:17 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE ab 17:57 Uhr
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE bis 17:57 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU

Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Hoyer FDP

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten AfD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano Italiani per Colonia

Beratende Mitglieder

Frau Figen Maleki Balajou LiL

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Monika Reisinger auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach Deutsches Rotes Kreuz

Beratende Mitglieder

Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf folgende Tischvorlagen hin:

TOP 4.1, TOP 9.1, TOP 11.2.3, TOP 12.4, TOP 12.5, TOP 12.6. TOP 13.12 und TOP 13.13. Er schlägt vor die Tischvorlagen und TOP 12 (Beantwortung von Anfragen) und unter TOP 13 (Mitteilungen) in die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Weißenstein bittet darum die Beantwortung zu TOP 11.1.2, TOP 12.5 und TOP 12.6 und TOP 13.8 in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt wird.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Flüchtlingsheime ans Netz! AN/0538/2015

Flüchtlingsheime ans Netz! TOP 2.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
2300/2015

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2015 2461/2015

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Gewährung eines Investitionszuschusses zur Schaffung von adäquaten, barrierefreien Wohnraum/Kleinappartements für wohnungslose Männer
1796/2015

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

- 7.1 Pegel Köln 5/2015
Wohnungsbau in Köln 2014
Fast 3.700 neue Wohnungen - Weiter steigende Preise
2330/2015

8 JobCenter Köln

- 8.1 Bericht des Jobcenters Köln
2578/2015
- 8.2 Nachfrage von Frau Hoyer zum Organisationservice Kinder und Pflege aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 20.08.2015
- Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.7
2579/2015

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 Aktueller Bericht zur Flüchtlingssituation
2774/2015

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 11.1.1 Wie werden Flüchtlinge in Köln zurzeit untergebracht? TOP 11.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
AN/1166/2015
- 11.1.2 Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen. TOP 11.2.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
AN/1171/2015

11.1.3 Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen. TOP 11.2.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
AN/1172/2015

11.2 Aktuelle Anfragen

11.2.1 Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen
AN/1299/2015

11.2.2 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten
AN/1365/2015

11.2.3 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen
AN/1406/2015

12 Beantwortung von Anfragen

12.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Brauckmann im Ausschuss für Soziales und Senioren am 23.04.2015
1475/2015

12.2 Mobilitätshilfe der Stadt Köln
2017/2015

12.3 Kantinenbetrieb durch Integrationsbetriebe DS-Nr 1804/2015
hier: Nachfrage zum Sachstand der Kantine bei der Feuerwehr
2651/2015

12.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke zum Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen vom 25.08.2015 (AN/1299/2015)
2686/2015

12.5 Beantwortung einer Anfrage der Faktion DIE LINKE zum Thema "Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen"
(AN/1171/2015)
2664/2015

12.6 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten, Beantwortung der Anfrage AN/1365/2015
2789/2015

13 Mitteilungen

13.1 Fachplanung für Seniorinnen und Senioren. TOP 13.7 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
Weiterentwicklung der Seniorenarbeit 2015 bis 2025
1983/2015

- 13.2 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2014
2093/2015
- 13.3 Wir für Menschen, TOP 13.11 der Sitzung Soziales und Senioren vom
20.08.2015
2119/2015
- 13.4 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen - Sach-
stand der Beratungen und Beschlüsse, TOP 13.12 der Sitzung Soziales und
Senioren vom 20.08.2015
2332/2015
- 13.5 Dritte Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ im Gürzenich am 23. und 24. Juni
2015
2360/2015
- 13.6 Veröffentlichung „DON'T WORRY, BE A FRIEND OF ROMA WOMAN - Ge-
gen die Mehrfachdiskriminierung der Roma-Frauen“
2447/2015
- 13.7 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen
(EHAP)
- Interessenbekundungen der Stadt Köln in Kooperationsverbänden mit ver-
schiedenen Trägern des Kölner Hilfesystems für drei geplante Vorhaben im
Zeitraum 01.01.2016 - 31.12.2018
2404/2015
- 13.8 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel -
Starkes Köln:
mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-
Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Star-
ke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen
des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhal-
tigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von
Armut und Ausgrenzung
2489/2015
- 13.9 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zu Drogenkonsumräumen
in der Innenstadt
1864/2015
- 13.10 Haushaltsplan 2015 - hier: Freigabe der in Teilergebnisplan 0701 - Gesund-
heitsdienste veranschlagten Mittel für Transferaufwendungen
2619/2015
- 13.11 Neue Bleiberechtsregelungen ab dem 01.08.2015
2666/2015

- 13.12 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen"
2661/2015

- 13.13 Wohn- und Lebensalternativen für Menschen mit Demenz
Hier: Selbstverantwortete Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige
2359/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Flüchtlingsheime ans Netz! AN/0538/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold kündigt einen Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Herr Hegenbarth führt mündlich aus, dass die in der Stellungnahme aufgeführten Kosten deutlich zu hoch seien. Er benennt ein Beispiel aus der Kommune Weeze, wo die Kosten für ein ähnliches Projekt deutlich niedriger veranschlagt wurden. Er nehme an, dass einige Städte bereits den Freifunk umgesetzt haben. Die Stadt Köln zeige sich in diesem Punkt recht zögerlich und warte auf ein positives Signal vom Deutschen Städtetag.

Frau Gärtner begrüßt, dass die Flüchtlingsheime eine entsprechende Netzausstattung erhalten sollen. Sie bittet darum, dass sich der Unterausschuss IUK (früher Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechnik, heute Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation) mit dieser Problematik beschäftigen möge. Sie fragt, wie dieses Projekt finanziert werden solle und bittet darum, dass die Variante B des Antrages zusätzlich als Prüfauftrag mit aufgenommen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold liest den Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Frau Klug informiert den Ausschuss, dass die Umsetzung durch NetCologne innerhalb von drei Monaten durchgeführt werden könnte. Sie sagt ein entsprechendes Controlling zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Ersetzungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschluss:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt darzustellen, wie eine Versorgung nach Variante C – „Sponsorenmodell im Haus“ bzw. nach Variante B sukzessive erfolgen und wie die notwendige Finanzierung gesichert werden kann.
Wir bitten den UA IuK des AVR, sich vor Beschlussfassung mit der Vorlage zu befassen.
- 2) Als Sofortmaßnahme sollen alle Gebäude, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, netzwerkmäßig durch die NC erschlossen und (in Absprache zwischen NC und Freifunk) zunächst von außen mit einer ersten Antenne WLAN-technisch versorgt werden.
- 3) Zukünftig soll bei der Planung weiterer neuer Unterkünfte die Ausstattung mit Internetanbindung sofort mit eingeplant werden.

- 4) Es soll gewährleistet sein, dass die Anonymität der Flüchtlinge bei der Nutzung gewährt bleibt.

Die nachfolgend aufgeführte Variante B wird zusätzlich als Prüfauftrag beschlossen.

Variante B - städtisches WLAN

Die Stadt Köln betreibt in den Verwaltungsgebäuden eine portalbasierte WLAN-Lösung, welche der aktuellen und der absehbaren Rechtslage konform ist.

Die Antennen werden auf einem zentralen Controller zusammengeführt und von dort aus mittels einer Festverbindung auf ein Portal eines Providers geführt. Die Authentifizierung erfolgt auf dem Portal des Providers.

Diese Lösung ist neben den Kosten für die Antennen, Controller und Inhouseverkabelung mit weiteren Kosten für die Anbindung an den Provider, die Portallösung als auch Kosten pro authentifiziertem Benutzer verbunden.

Eine gesonderte Registrierung der Nutzer auf Basis des städtischen Netzwerkes ist unabdingbar notwendig und muss entsprechend mit einer erstmaligen Anmeldung und der Anerkennung der Nutzerbedingungen verbunden werden.

Grobkostenkalkulation pro Standort:

Verkabelung:	einmalig 13.800,00 Euro
Aktive Netzwerktechnik:	einmalig 2.000,00 Euro
WLAN Access Points (5 Stück)	einmalig 5.000,00 Euro inkl. Montage
WLAN-Portallösung	einmalig 2.500,00 Euro
Provideranbindung	monatlich 50,00 Euro

Summe: 23.300,00 Euro einmalig und 50,00 Euro monatlich.

Bei 20 Wohnheimen entspricht dieses 466.000,00 Euro einmalig und 12.000,00 Euro im Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**Flüchtlingsheime ans Netz! TOP 2.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
2300/2015**

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2015
2461/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt dem Ausschuss mit, dass der Unterausschuss Selbsthilfegruppen vor dieser Sitzung getagt habe. Er übergibt das Wort an die Vorsitzende des Unterausschusses Selbsthilfegruppen Frau Heuser.

Frau Heuser empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren so zu beschließen, wie der Unterausschuss Selbsthilfegruppen entschieden habe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2015 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern.

Dazu gehört auch die Förderung von KISS-Gruppen, die ihre Mittel nicht direkt von der Stadt erhalten, sondern über die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (ehemals KISS) gefördert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen und vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushalts 2015, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen auszubahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Gewährung eines Investitionszuschusses zur Schaffung von adäquaten, barrierefreien Wohnraum/Kleinappartements für wohnungslose Männer 1796/2015

Frau Heuser begrüßt die Vorlage und sagt ihre Zustimmung zu.

Frau Lerchner fragt, ob die Nachnutzung in der Stolzestr. schon geklärt sei. Der Beschlussvorlage werde die FDP Fraktion zustimmen.

Herr Santelmann antwortet, dass diese Frage der Nachnutzung in der Verwaltung noch geklärt werde. Sobald eine Klärung erfolgt sei, werde der Ausschuss Soziales und Senioren informiert.

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt, dass die SPD Fraktion ebenfalls der Vorlage zustimmen werde.

Frau Gärtner sagt ebenfalls ihre Zustimmung zu der Vorlage zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2015, dem Träger Johannesbund gGmbH für die Ersatzbeschaffung von adäquatem Wohnraum für insgesamt 39 wohnungslose Männer in der Liegenschaft An-

nostr. 11 einen einmaligen Investitionszuschuss im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 3.698.000 € zu gewähren.

Es stehen investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 3.698.000 € im Teilfinanzplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Zeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 5050-0504-0-AZ01 im Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Pegel Köln 5/2015

Wohnungsbau in Köln 2014

Fast 3.700 neue Wohnungen - Weiter steigende Preise 2330/2015

Herr Scheffer bemerkt positiv, dass mit 3.670 fertig gestellten Wohnungen in 2014 ein sehr gutes Ergebnis erzielt worden sei und die Baugenehmigungen gegenüber 2013 um über 40% gestiegen seien. Die niedrige Zahl an bezugsfertigen geförderten Mietwohnungen in 2014 sei jedoch schlichtweg eine Katastrophe. Auch der Bestand an geförderten Mietwohnungen sei gesunken und das bei einer hohen Nachfrage auf dem Kölner Wohnungsmarkt. Er dankt ausdrücklich für den Bericht, der wichtige Informationen liefere. Jedoch mache dieser Bericht deutlich, dass noch viel getan werden müsse.

Frau Schmerbach fragt, wie sich die Verringerung der geförderten Mietwohnungen auf den Wohnungsmarkt auswirke. Sie berichtet von Fällen, in denen augenscheinlich kein Bedarf an günstigem Wohnraum vorhanden sei. Dies könne sie sich nicht erklären.

Frau Heuser bezeichnet die aktuelle Situation des sozial-geförderten Wohnungsbaus in Köln als dramatisch, da auch noch 1400 Wohnungen aus der Bindung gefallen seien. Zur Gegensteuerung schlägt sie die Nutzung eines Bundesprogramms für sozialen Wohnungsbau vor. Interessant empfinde sie, dass relativ viele der neu gebauten Wohnungen von älteren Menschen bezogen worden sind. Ein weiterer Aspekt bei dem Anstieg der Mieten seien die steigenden Energiekosten. Der logische Schluss für sie sei, dass energieeinsparender gebaut werden müsse. Die Grundstückspreise müssten für den sozialen Wohnungsbau gesenkt werden.

Herr Dr. Schulz bittet darum, in einem nächsten Bericht darzustellen, wie die Preise städtischer Grundstücke und privater Grundstücke zueinander stehen. Der öffentliche Bereich wäre seines Erachtens bereit, Grundstücke preisgünstiger zu veräußern. Er bittet um eine differenziertere Darstellung. Die Zuordnung der Wohnungsbautätigkeit der letzten Jahre zu den Bereichen Innenstadt, Innenstadtrand und Stadtrand sei

schwierig nachzuvollziehen, vor allem wenn dies mit dem Begriff schlechte Lage versehen sei.

Herr Corneth stellt heraus, dass nach Einschätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft 6300 neue Wohnungen jährlich in Köln gebaut werden müssten. Die Situation auf dem gesamten Kölner Wohnungsmarkt sei für ihn katastrophal. Diese Situation würde sich mit der steigenden Anzahl von Flüchtlingen und Studierenden weiter verschlimmern. Dass zu wenige Bauanträge genehmigt würden, liege auch daran, dass in den entsprechenden Ämtern zu wenige Mitarbeiter/innen beschäftigt seien. 2013 sei das kooperative Baulandmodell beschlossen worden. Er fragt, warum der 20% Nachlass auf den Grundstückspreis bei städtischen Grundstücken, wenn geförderter Mietwohnungsbau entstehe, gestrichen worden sei.

Frau Klug weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um einen statistischen Bericht handelt. Hierin wird über Entwicklungen berichtet. Der Bericht gibt keine Erläuterungen und Erklärungen zur operativen Umsetzung von Maßnahmen und Anregungen für die politische Verantwortung (z.B. Bauausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Liegenschaftsausschuss).

Die wichtigen Beiträge und Anregungen, insbesondere für den geförderten Wohnungsbau und das kooperative Baulandmodell werde sie selbstverständlich mitnehmen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ergänzt die Aussage von Frau Klug, dass es sich um einen statistischen Bericht handelt. Die Wohnungsbaupolitik in dieser Stadt wird von anderen Ausschüssen maßgeblich mitgestaltet. Jedoch müsse allen Beteiligten klar sein, dass die Sozialpolitiker/innen im Ausschuss die Situation am Kölner Wohnungsmarkt sehr kritisch begleiten.

Herr Weißenstein ergänzt, dass politische Beschlüsse zu einer Wende in der Kölner Wohnungspolitik im Rat mit dem Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen bereits erfolgt seien. Er bittet um eine Evaluierung des Kooperativen Baulandmodells.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ergänzt, dass er den Vorschlag nach einer Evaluation unterstützen würde.

Frau Klug antwortet, dass eine solche Evaluation erfolgen und der Bericht hierzu dann dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Herr König betont wie Frau Klug, dass aus dem statistischen Bericht für die operative Ebene die richtigen Schlussfolgerungen und den Diskussionen u.a. auch im Sozialausschuss zu ziehen sind. Strategische Grundlagen für den geförderten Wohnungsbau seien das vom Rat am 11.02.2014 beschlossene Stadtentwicklungskonzept Wohnen und das vom Rat am 17.12.2013 beschlossene Kooperative Baulandmodell. Positiv sei, dass im Jahr 2014 gute Ergebnisse für die Baufertigstellungen und die Baugenehmigungen erzielt wurden. Selbstverständlich bestehe noch Verbesserungspotential. Der Bedarf an Wohnungen in Köln sei sehr groß und werde wegen des erwarteten starken Bevölkerungswachstums auch sehr groß bleiben.

Zu der niedrigen Anzahl an bezugsfertigen geförderten Wohnungen in 2014 sei zu berücksichtigen, dass 2012 sehr wenige Bewilligungen erfolgten.

Herr Ludwig ergänzt, dass die Veränderungen in den Darlehensbedingungen durch das Land NRW spürbar seien. Er erwartet eine höhere Zahl an Bewilligungen in 2015.

Für ihn sei eine entscheidende Stellschraube für die weitere Entwicklung des geförderten Wohnungsbaus die Höhe des Grundstückspreises. In den letzten Jahren wurde neben der Landesförderung zusätzlich eine kommunale Förderung aufgelegt. Diese wurde jedoch noch weniger in Anspruch genommen als die Verwaltung sich dies erhofft hatte. Investoren konnten mit diesem zusätzlichen Angebot nicht überzeugt werden. Das Kooperative Baulandmodell ist Ende 2013 beschlossen worden. Es habe daher noch keine Auswirkungen auf die aktuellen Förderzahlen. Eine Evaluation sei bereits angedacht.

Herr Corneth sagt, dass das Kooperative Baulandmodell nur wirken könne, wenn keine Ausnahmen genehmigt würden.

Herr Weißenstein vertritt die Auffassung, dass es sich bei bestimmten Fällen nicht um Ausnahmen handeln würde, sondern das Kooperative Baulandmodell nicht greifen könne, da es keine Anwendung gefunden habe. Die erforderlichen Berechnungen seien seiner Kenntnis nach sehr schwer nachzuvollziehen und in einigen Fällen intransparent.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Aufstellung von Berechnungen bei dem Kooperativen Baulandmodell operatives Geschäft der Verwaltung sei. Es sei nicht Aufgabe des Ausschusses, eigene Berechnungen durchzuführen. Er bittet die Verwaltung um Klärung, ob es sich bei einzelnen Fällen um eine Ausnahmegenehmigung oder um das Ergebnis von Berechnungen handeln würde.

Frau Klug antwortet, dass sie alle Anfragen mitnehmen werde. Allerdings sei die Diskussion über das Kooperative Baulandmodell im STEA zu führen. In einem Evaluationsbericht müssten diese Anfragen alle beantwortet werden.

Frau Heuser regt ebenfalls an, sich noch einmal intensiv mit dem Kooperativen Baulandmodell zu beschäftigen.

Herr König ergänzt, dass bereits bei der Beschlussfassung zum Kooperativen Baulandmodell am 17.12.2013 vereinbart worden sei, dass nach einem Zeitraum von 2 Jahren über die ersten Erfahrungen ein Evaluationsbericht erfolgen solle. Zu der Mietentwicklung teilte er mit, dass nach den vorliegenden Informationen der Mietanstieg im letzten Jahr etwas moderater ausgefallen sei, aktuell jedoch die Nettokaltmieten wieder stärker steigen. Die Miete setze sich aus drei Teilen zusammen. 1. Nettokaltmiete 2. Bruttokaltmiete und 3. Bruttowarmmiete

Zu dem Anstieg der Mieten in den letzten Jahren haben auch die Nebenkosten beigetragen, Preistreiber hierbei waren die Energiekosten. Durch die Entwicklung des Ölpreises habe sich die Entwicklung der Energiekosten wieder etwas abgeschwächt. Bei dem Bau von Wohnungen seien energieeffiziente Bauweisen zu empfehlen und würden auch gefordert.

Die Lagetypisierung von Innenstadt und Innenstadtrandlage bedeute, dass die an die Innenstadt angrenzenden Stadtteile der Innenstadtrandlage zugeordnet werden. Diese Festlegung ist durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erfolgt. Damit sei keineswegs eine Negativzuschreibung einzelner Stadtteile verbunden

Die Wohnungsbautätigkeit habe in den letzten Jahren stärker im Innenstadtrandbereich stattgefunden und nicht mehr so stark im Stadtrandbereich. Zur Realisierung dieser innenstadtnahen Neubauquartiere fand in hohem Umfang ein

Flächenrecycling auf ehemaligen Industrie- und Gewerbebrachen zu Wohnen statt, so dass kein zusätzlicher Flächenverbrauch erfolgte.

Herr Krücker fragt, ob die im Bericht genannten 139 Wohnungen in der Manteuffelstraße im Stadtteil Kalk als Ersatzwohnungsbau entstanden seien.

Herr König sagt eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Nachtrag des Schriftführers: Nach Abbruch von Wohngebäuden im Bereich Manteuffelstraße, Falckensteinstraße, Albermannstraße und Remscheider Straße sind stattdessen neue Wohnungen dort gebaut worden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 JobCenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenters Köln 2578/2015

Herr Dr. Schulz stellt fest, dass ein starker Anstieg der Bedarfsgemeinschaften erkennbar sei und fragt nach der Einschätzung des Jobcenters für diesen Anstieg. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand zu dem Programm „Mittendrin“, ob bereits Arbeits- oder Praktikumsplätze eingeleitet werden konnten.

Frau Heuser fragt, nach den Gründen warum die Gelder zu den Projekten „Asylbewerber und Flüchtlinge“ und „Langzeitleistungsbeziehende mit gesundheitlichen Einschränkungen oder minderjährigen Kindern“ unter Vorbehalt aufgelistet seien.

Frau Lerchner lobt die Durchführung des 5. „JobSpeedDating“ am 9. September.

Frau Eggeling lobt die mehrsprachigen Flyer. Sie merkt jedoch an, dass das Foto auf dem Flyer, das eine Jobcenter-Mitarbeiterin darstellen soll für muslimische Kund/innennicht optimal sein könnte. Sie fragt, warum die flyer mit Informationen für werdende Mütter lediglich in türkischer und russischer Sprach verfasst seien.

Frau Hollmann fragt, wie sich das Sozialamt beim Eingliederungstitel, vor allem bei den kommunal flankierenden Leistungen, aufstelle. Sie lobt das Jobcenter, für die zusätzliche Einwerbung von finanziellen Mitteln über den Europäischen Sozialfond.

Herr Wagner antwortet daraufhin, dass das Phänomen des Anstiegs der Bedarfsgemeinschaften in allen Großstädten bundesweit zu beobachten sei und man sich diesbezüglich in Recherche befinde. Er erwähnt, dass trotz vieler Integrationen diese häufig nicht mehr bedarfsdeckend seien und es dadurch auch immer mehr Aufstocker gäbe.

Er sagt zu, auf diese Problematik in der kommenden Sitzung statistisch dezidierter einzugehen.

Herr Wagner antwortet zu dem Programm „Mittendrin“, dass aktuell drei Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden konnten. Auch hier sagt er zu den Ausschuss regelmäßig zu informieren. Da es noch keinen endgültigen Bewilligungsbescheid gebe, stehen die beiden Projekte noch „unter Vorbehalt“ in der Übersicht. Personell seien beiden Projekte bereits voll ausgestattet. Das JobSpeedDating sei auch von Arbeitgeberseite sehr positiv aufgenommen worden. Das Foto auf den Flyern der Eingangszone wird bei der nächsten Auflage ausgetauscht. Die Informationsflyer für

werdende Mütter seien in türkischer und russischer Sprache aufgelegt, da hier bislang die höchste Nachfrage bestand.

Herr Klausing regt zu ESF an, dass die Stadt Köln ein größeres Engagement zeigen solle. Er schlägt vor, dass die Fraktionen zu dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung einen gemeinsamen Antrag formulieren.

Herr Dr. Schulz fragt, ob der Arbeitsmarkt-Zugang für Flüchtlinge erleichtert werden solle. Er fragt, ob der Mindestlohn für Flüchtlinge abgesenkt werden solle.

Frau Hollmann weist nochmals auf Ihre Frage zum Eingliederungstitel 2016 hin und möchte wissen, ob die Stadt Köln die Mittel für die kommunal flankierenden Leistungen aufstockt.

Frau Klug sagt eine schriftliche Antwort zu beiden Fragen zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.2 Nachfrage von Frau Hoyer zum Organisationsservice Kinder und Pflege aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 20.08.2015

Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.7 2579/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Aktueller Bericht zur Flüchtlingssituation 2774/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den guten Bericht.

Frau Klug bittet die Teilnehmer/innen des Ausschusses alle Anregungen mitzuteilen, damit der Bericht weiter optimiert werden könne. Der Bericht enthalte die aktuellen Zahlen.

Herr Ludwig teilt mit, dass der Bericht die Flüchtlingszahlen zum 31.08.2015 darstelle.. Die aktuellen Flüchtlingszahlen mit Stand 17.09.2015 seien noch einmal höher als im Bericht aufgelistet. Die Stadt Köln habe zum jetzigen Zeitpunkt ca. 7.600 Flüchtlinge untergebracht, davon 130 im Auftrag des Landes NRW. In der Boltens Sternstraße seien weitere 50 NRW-Plätze für Flüchtlinge freigehalten worden. Es werde keine Vermischung von NRW und Köln-Flüchtlingen durchgeführt. Alle Plätze für Flüchtlinge seien aktuell belegt. Zusätzlich werde die Turnhalle des Stadtgymnasiums Porz ab dem 18.09.2015 in die Flüchtlingsbelegung für 35 Personen mit aufgenommen. Die Anzahl der Menschen, die in der Turnhalle untergebracht werden müssen, werde vermutlich bis auf 200 Personen steigen. Seine Prognose für die nächsten Wochen werde sein, dass weitere Notmaßnahmen durchgeführt werden müssen. In der Prüfung für weitere Belegungsmöglichkeiten seien weitere Turnhallen und Unterbringungsmöglichkeiten in Leicht- Bauweise. Alle Ämter seien angeschrieben worden, um

befestigte Flächen mit vorhandenen Versorgungsanschlüssen zu melden, auf denen diese Unterbringungsmöglichkeiten realisiert werden können.

Zusätzlich werden weitere Objekte in Wohngebieten akquiriert. Auch die Anmietung weiterer Hotels (40 Hotels habe man bereits belegt) werde geprüft. Diese Art der Unterbringung sei jedoch sehr teuer. In Vorbereitung sei eine Vorlage für die Politik, in der zehn Standorte für konventionelle Objekte, drei Standorte für Systembauweisen und zwei Standorte für Containerbauten vorgeschlagen werden. Durch die Gesetzesänderung dürfen nun auch Objekte in Gewerbegebieten für Flüchtlingsunterbringung angemietet werden. Es werde geprüft, ob sich dies bei den bestehenden Nachbarschaftsrechten und ohne Gefährdung der Gewerbegebiete realisieren lasse. Es bestehe ein hoher Genehmigungsaufwand (Landesbauordnung) für Lärm- und Brandschutz, der aber immer eingehalten werde. Eventuell bestehe die Möglichkeit, dass diese rigiden Ordnungen für die bestehende Flüchtlingssituation erleichtert werden. Die berechtigten Lärm- und Brandschutzmaßnahmen werden trotzdem stark beachtet.

Frau Klug ergänzt, dass in dem vorliegenden Bericht unter TOP 9.1 „Realisierung langfristiger Ressourcen“ eine Dezernats- und Ämterübergreifende Arbeitsgruppe zu den Planungen eingerichtet wurde.

Ferner teilt sie mit: Es läge ein Amtshilfeersuchen des Ministeriums für Inneres- und Kommunales des Landes NRW bei der Stadt Köln zur Einrichtung einer sogenannten „Drehscheibe“ für die logistische Weiterleitung von Flüchtlingen in der Stadt Köln vor. Diese Angelegenheit sei dringend erforderlich und stehe unter extremen Zeitdruck, da die Kapazitäten der Stadt Dortmund (bisher Drehscheibe) völlig ausgelastet seien. Herr Stadtdirektor Kahlen habe gemeinsam mit Frau Klug die Einrichtung der Drehscheibe ermöglicht. Die notwendigen Maßnahmen seien eingeleitet worden, um diese Drehscheibe zu installieren. Nach intensiver Prüfung der Standorte sei die Wahl auf die Freiflächen des Köln/Bonner Flughafens gefallen. Dort werde eine Halle errichtet, die als Ruhebereich für die ankommenden Flüchtlinge dienen soll. Es bestehe keine Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge durch die Stadt Köln auf Grund dieser Drehscheiben-Funktion. Busse zur Weiterleitung an andere Standorte zur Erstaufnahme werden zur Verfügung stehen. Es sei keinerlei Registrierung oder ausländerrechtliche Anlaufstelle vorgesehen. Medizinische Akutversorgung, Verteilung von Lebensmitteln und persönliche Unterstützung vor Ort für die ankommenden Menschen sei gewährleistet.

Herr Ludwig ergänzt, dass die Aufgabe ab Montag den 21.09.2015 auf die Stadt Köln (alternierend mit der Stadt Düsseldorf) zukommen werde. Es findet ein täglicher Wechsel der Aufgabebetween den Städten Köln und Düsseldorf statt. Die Züge aus München kommen am Köln/Bonner Flughafen an. Die Kooperation mit dem Flughafen ist sichergestellt. Man gehe davon aus, dass täglich zwei Züge mit insgesamt ca. 900 Personen eintreffen werden. In der Arbeitsgruppe „Drehscheibe“ sind die Träger, die Feuerwehr und der Flughafen vertreten und wurden mit den Aufgaben betraut. Pro Nacht werden ca. 30 Freiwillige zur Betreuung eingesetzt, die perspektivische durch professionelle Kräfte unterstützt werden sollen, da diese Aufgabe dauerhaft nicht ausschließlich durch ehrenamtlich Tätige zu leisten ist. Eine Kleiderausgabe werde ebenfalls vor Ort eingerichtet. Die Flüchtlinge werden bereits auf der Fahrt nach Köln in den Zügen informiert, dass sie keine Angst vor einer Abschiebung haben müssen, weil sie in die Nähe von einem Flughafen gebracht werden. Man könne jedoch nicht ausschließen, dass einige Flüchtlinge sich nach Ankunft am Flughafen Köln/Bonn absetzen werden. Ein Wachdienst sei ebenfalls mit in die Betreuung mit eingebunden. In dem Konzept seien ebenfalls Dolmetscher integriert. 20 Dolmetscher seien in jeder

Schicht vor Ort. Verwaltungsbereiche, die bereits mit diesem Thema beschäftigt seien, werden mit der Aufgabe „Drehscheibe“ nicht zusätzlich belastet.

Der Vorsitzende Herr Paetzold unterstützt die Intention von Herrn Ludwig, dass die Menschen gut über die Funktion der Drehscheibe am Flughafen Köln-Bonn informiert werden müssen, um ihnen die Angst vor Abschiebung zu nehmen.

Frau Klug ergänzt, dass man sich an den Erfahrungen orientiere, welche in Düsseldorf gemacht wurden. Sie dankt allen Mitarbeitern/innen, die die zusätzlichen Aufgaben bewältigen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold informiert, dass der Stadtdirektor der Auffassung sei, dass dieses Amtshilfeersuchen nicht abgelehnt werden könne. Die Verwaltung gehe davon aus, dass alle Kosten, die für die Stadt Köln anfallen vom Land NRW übernommen werden.

Frau Klug bestätigt dies.

Herr Corneth fragt,

- warum aus baurechtlichen Gründen die Turnhalle in Köln-Worringen zwar für Dreharbeiten genutzt wird aber keine Flüchtlinge untergebracht werden dürfen,
- wie sehe die Unterbringung für Flüchtlinge in Holzhäusern aus, (der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert Herrn Corneth daran, dass diese Frage Gegenstand eines Ratsbeschlusses gewesen sei).

Im Zusammenhang mit der Drehscheibe macht er darauf aufmerksam, dass es geschulte Wachdienste gebe und dass der THW einen Stützpunkt in der Nähe des Flughafens habe.

Herr Ludwig antwortet, dass die Turnhalle in Köln-Worringen nicht für eine Flüchtlingsunterkunft freigegeben sei. Die Bereitschaft der Bauaufsicht, sich dem Thema Holzhäuser für die Flüchtlingsunterbringung anzunähern, steige gerade aufgrund der zunehmend knapper werdenden Ressourcen.

Herr Klausing fragt,

- wie viele Angebote im Bereich des Auszugsmanagements abgelehnt würden und wie damit umgegangen werde,
- wie werde mit den Menschen umgegangen, die eigenständig auf eigene Verantwortung weiter reisen. Wie erfolge ein entsprechendes Asylverfahren und welche Institution sei dafür verantwortlich.

Herr Ludwig antwortet, dass das Auszugsmanagement sehr erfolgreich sei. Die abgelehnten Unterbringungsmöglichkeiten sind entweder aufgrund ihres Zustandes nicht nutzbar oder völlig überteuert. Er schlägt vor, zur nächsten Sitzung eine Mitteilung zum Auszugsmanagement vorzulegen. Die allein weiterreisenden Personen werden nicht aufgehalten werden können, weil dafür keine Rechtsgrundlage existiert.

Frau Dahmen ergänzt, dass Menschen, die alleine weiterreisen Informationen erhalten haben, wo ihre Verwandten wohnen. Laut Artikel 2 des Grundgesetzes muss die

Eigenverantwortlichkeit hinsichtlich der Anmeldeverpflichtung am Ankunftsort unterstellt werden.

Herr Detjen fragt, ob der Träger Johanniter ebenfalls im Rahmen der Drehscheibe am Flughafen tätig ist. Er schlägt einen weiteren intensiven Austausch zwischen Politik und Verwaltung vor.

Herr Ludwig antwortet, dass die sozialen Träger am Flughafen noch nicht feststehen würden. Die Federführung übernehme die Feuerwehr. Außer den ehrenamtlichen, freiwilligen Helfer welche in genügender Anzahl vorhanden sei, werde es auch professionelle Unterstützung und eine professionelle Leitung geben.

Herr Krücker fragt, ob die Menschen die am Drehkreuz ankommen auf die Zugangszahlen für Köln angerechnet werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass die Flüchtlinge die am Drehkreuz ankommen nicht auf die Zugangszahlen für Köln angerechnet werden, da es sich hierbei nicht um eine Einrichtung der Flüchtlingsunterbringung handele.

Herr Krücker fragt, ob die dramatische Anzahl von einreisenden Flüchtlingen weiter steigen werde. Weiter fragt er, ob Unterbringungsangebote, welche vor einiger Zeit abgelehnt wurden, nunmehr erneut überprüft werden und evtl. jetzt belegt werden können und ob die Antragsstellung für Neubauten zur Unterbringung von Flüchtlingen beschleunigt werden könne.

Herr Ludwig antwortet, dass die Aussage, dass ca. 800 Menschen je Monat nach Köln kommen, zutreffend sei. Die Zuweisungszahlen von der Bezirksregierung sind augenblicklich 200 Menschen pro Woche. Eine Prognose, wie sich die Flüchtlingssituation in Zukunft entwickeln werde, könne er nicht treffen. Die Änderungen des Bundesbaugesetzes würden unter den Anbietern kommuniziert. Man sei mit vielen Anbietern, deren Liegenschaften im letzten Jahr noch abgelehnt wurden, wieder in Verhandlung. Der Brandschutz, Stellplätze und andere Standards haben weiterhin Bestand, so dass es bei den Neubauobjekten kaum Bewegung gebe. Man ist bestrebt, die internen Verwaltungsprozesse zu beschleunigen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Beantwortung der Fragen und das Engagement aller Beteiligten.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Wie werden Flüchtlinge in Köln zurzeit untergebracht? TOP 11.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015 AN/1166/2015

Herr Hagenbarth dankt für die Beantwortung der Fragen, die im aktuellen Bericht zur Flüchtlingssituation teilweise schon aufgegriffen wurden. Er bittet um eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu den noch offenen Fragen der Kosten, der Standards und

zu der baulichen Situation der Turnhallen, in denen die Flüchtlinge untergebracht werden.

Frau Klug antwortet, dass momentan ein ämterübergreifendes Controlling zu den aufgeworfenen Finanzfragen aufgebaut werde. Diese Aufstellung werde jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Amt für Wohnungswesen habe bereits die geforderten Prüfungen für die Turnhallen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, durchgeführt.

Herr Ludwig ergänzt, dass keine Turnhalle belegt sei, die eine bauliche Problematik aufzeige. Die Decke der Turnhalle in Köln-Buchheim wurde überprüft und es wurden keine Mängel festgestellt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**11.1.2 Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen. TOP 11.2.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
AN/1171/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**11.1.3 Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen. TOP 11.2.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
AN/1172/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

11.2 Aktuelle Anfragen

Frau Schmerbach bittet um eine Bestandsaufnahme aller derzeit vorliegenden Angebote im Seniorenbereich. Es sei Aufgabe der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung entsprechende Angebote für ältere Menschen vorzuhalten. Zusätzlich bittet sie die Verwaltung um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Welche Beratungs- bzw. Koordinationsangebote für Seniorinnen und Senioren existieren heute schon in der Stadt und in den einzelnen Stadtteilen?
2. Welche dieser Angebote hält die Stadt Köln vor und welche werden von freien Trägern vorgehalten und welche weiteren Angebote gibt es?
3. Wer trägt im Einzelnen die Kosten für diese Angebote und in welcher Höhe insgesamt?

Sie bittet um eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Sanierung des Bürgerzentrums Ehrenfeld.

11.2.1 Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen AN/1299/2015

Herr Scheffer dankt für die Beantwortung. Das aufgeführte Angebot sollte jedoch weiterentwickelt und ausgebaut werden. Er fragt, ob es nicht für Museen, Freizeitangebote etc. besser wäre, geringere Einnahmen durch den Verkauf von Karten als Köln-Pass-Besitzer/innen zu erzielen als überhaupt keine Einnahmen aus diesem Kreis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass die Anfrage und die Beantwortung in der nächsten Sitzung behandelt werden sollte.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

11.2.2 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten AN/1365/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

11.2.3 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen AN/1406/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

12 Beantwortung von Anfragen

12.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Brauckmann im Ausschuss für Soziales und Senioren am 23.04.2015 1475/2015

Frau Brauckmann dankt für die Beantwortung. Sie bittet darum, dass die Antworten konkreter und differenzierter in einer weiteren Beantwortung ausgeführt werden. Sie bittet um die Vorlage eines Konzeptes und um mehr als vage Antworten von Seiten der Verwaltung.

Frau Klug sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

12.2 Mobilitätshilfe der Stadt Köln 2017/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Beantwortung.

Frau Heuser fragt, ob die Taxigebühren im Rat erhöht wurden.

Herr Santelmann antwortet, dass es im Oktober ein Fachgespräch mit der Taxiinnung geben werde. Er werde den Ausschuss über den weiteren Sachstand informieren.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**12.3 Kantinenbetrieb durch Integrationsbetriebe DS-Nr 1804/2015
hier: Nachfrage zum Sachstand der Kantine bei der Feuerwehr
2651/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**12.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke zum Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen vom 25.08.2015 (AN/1299/2015)
2686/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**12.5 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen" (AN/1171/2015)
2664/2015**

**12.6 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten, Beantwortung der Anfrage AN/1365/2015
2789/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

13 Mitteilungen

**13.1 Fachplanung für Seniorinnen und Senioren. TOP 13.7 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015
Weiterentwicklung der Seniorenarbeit 2015 bis 2025
1983/2015**

Frau Hollmann bittet bei einer zukünftigen Weiterentwicklung des Konzeptes um eine detailliertere Darstellung. Es fehle an mehrsprachigen und kultursensiblen Angeboten.

Frau Heuser führt aus, dass sie diese Vorlage als einen ersten Entwurf sehen würde. Für sie sei dies noch kein ausgearbeitetes Konzept. Es gebe bereits verschiedene Koordinatoren, so dass eventuell deren Aufgabenfelder verändert werden könnten, aber nicht noch weitere Koordinatoren eingesetzt werden sollten. Da die Bezirke unterschiedlich groß seien, sei es schwierig die Bedarfe festzustellen. Für eine Bedarfsanalyse sei eine genaue Zahlen-, Daten- und Faktenanalyse notwendig. Sie fragt, wie

die eher introvertierten Menschen in den Bezirken angesprochen werden, die die bisherigen Angebote nicht nutzen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass die Verwaltung eine Fachtagung zu diesem Thema für den Ausschuss und alle weiteren interessierten Menschen durchführen solle. Falls es eine ausführlichere Version des vorgelegten Papiers gebe, bittet er darum diese ausführlichere Version den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen.

Frau Dierksmeier erinnert daran, dass dieser Entwurf aufgrund der finanziellen Kürzungen des Jahres 2014 entstanden sei.

Frau Marshall bittet darum, dass die Seniorenvertretung bei der Fachtagung mit eingebunden werde.

Frau Blümel stellt fest, dass es sich bei der Vorlage um ein strategisches Papier handle.

Herr Santelmann schlägt ein Fachgespräch zu diesem Thema vor. Er spricht sich mit dem Vorsitzenden Herrn Paetzold ab und wird dann dem Ausschuss einen Vorschlag unterbreiten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.2 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2014 2093/2015

Frau Heuser bedauert die undeutliche Darstellung der Anlage drei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

13.3 Wir für Menschen, TOP 13.11 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015 2119/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.4 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen - Sachstand der Beratungen und Beschlüsse, TOP 13.12 der Sitzung Soziales und Senioren vom 20.08.2015 2332/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**13.5 Dritte Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ im Gürzenich am 23. und 24. Juni 2015
2360/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**13.6 Veröffentlichung „DON'T WORRY, BE A FRIEND OF ROMA WOMAN - Gegen die Mehrfachdiskriminierung der Roma-Frauen“
2447/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold und Frau Heuser loben die Verwaltung für die Broschüre.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

13.7 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)

**Interessenbekundungen der Stadt Köln in Kooperationsverbänden mit verschiedenen Trägern des Kölner Hilfesystems für drei geplante Vorhaben im Zeitraum 01.01.2016 - 31.12.2018
2404/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**13.8 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

**13.9 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zu Drogenkonsumräumen in der Innenstadt
1864/2015**

Frau Lerchner fragt, was die Aussage, dass die Hürden zur Nutzung des Drogenkonsumraums abgesenkt wurden, bedeute. Sie bittet um die Mitteilung der Ergebnisse der Befragung über die Situation von Drogenabhängigen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erwartet ebenfalls, dass die Ergebnisse der Befragung dem Ausschuss vorgelegt werden.

Herr Peters antwortet, dass bestimmte gesetzliche Prüfverfahren für die Nutzung des Drogenkonsumraums eingehalten werden müssen. Drogenabhängige Menschen dürfen diesen Raum nur nutzen, wenn sie sich nicht in Substitutionsbehandlung befinden würden. Dies sei durch eine Rechtsverordnung des Landes NRW geregelt. Die Zugangsvoraussetzung ist insofern erleichtert worden, dass nicht nur der / die Leiter/in, sondern auch alle Mitarbeiter/innen das Aufnahmegespräch führen können. Die Stadt Köln setzt sich zurzeit dafür ein, die Rechtsgrundlage dahingehend zu ändern, dass auch Menschen, die sich in Substitutionsbehandlung befinden, Zugang zu Drogenkonsumräumen erhalten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.10 Haushaltsplan 2015 - hier: Freigabe der in Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste veranschlagten Mittel für Transferaufwendungen 2619/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13.11 Neue Bleiberechtsregelungen ab dem 01.08.2015 2666/2015

Frau Heuser schlägt vor, dass für Flüchtlinge die schwierige Sprache auf dem Informationsblatt zu vereinfachen sei.

Frau Dahmen antwortet, dass es sich bereits um eine starke Vereinfachung des sehr komplexen rechtlichen Sachverhaltes handele..

Herr Dr. Schulz fragt, ob eine Absenkung der Qualifikation besonders qualifizierten Flüchtlinge stattgefunden habe, damit diese eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Was bedeutet der Ausdruck „gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende“ in der Praxis. Beinhaltet der Schulbesuch von Kindern eine Aufenthaltserlaubnis für die Mutter/Eltern.

Frau Dahmen antwortet, dass es sich bei dem Begriff „gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende“ um einen offenen Begriff handele und dies sei auch gut so. Er bedeute, dass diese Personen mindestens vier Jahre in Deutschland leben müssen. Ein regelmäßiger Schulbesuch bedeute, dass ganz wenig unentschuldigte Fehlzeiten angefallen seien. Jeder Fall werde einzeln geprüft, ob sowohl die Kinder als auch die Eltern eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.12 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen" 2661/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

**13.13 Wohn- und Lebensalternativen für Menschen mit Demenz
Hier: Selbstverantwortete Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige
2359/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nicht-Öffentlichkeit her.